Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 97 (2000)
Heft: 1

Rubrik: Bundespolitik und Sozialversicherungen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bundespolitik und Sozialversicherungen

• *Neuer Finanzausgleich:* Der Sozialbereich wird zum Pièce de Résitance des Projektes; dies zeichnet sich nach der Vernehmlassung ab. Dass der geltende Finanzausgleich geändert werden muss, wird anerkannt. Finanzminister Villiger will deshalb die Reform vorantreiben und die Vorlage Ende 2000 ins Parlament bringen. SP, Gewerkschaften, Angestelltenverbände sowie zahlreiche Interessenorganisationen der Sozialhilfe lehnen die vorgeschlagenen Kantonalisierungen geschlossen ab. Sie befürchten eine Senkung des Leistungsstandards, zeichnen das Bild eines «sozialen Flickenteppichs». Umgekehrt bekämpfen Arbeitgeber- und Gewerbeverband zusammen mit der SVP eine Bundeslösung der Familienzulagen: Sie befürchten eine Erhöhung des Leistungsstandards und Zusatzkosten für die Arbeitgeber.

• *Asylwesen:* Nach einem Bericht von Völkerrechtsexperte Professor Walter Kälin leben Roma in vielen Staaten in tiefstem Elend und sind an Leib und Leben gefährdet, insbesondere im Kosovo. Das Bundesamt für Flüchtlinge BFF hat deshalb die Kantone angewiesen, Gesuche von Roma nicht zu bearbeiten und keine Wegweisungen vorzunehmen. Bei bereits abgelehnten Gesuchen wird die Ausreisefrist bis Ende Mai 2000 verlängert.

• *11. AHV-Revision:* Innenministerin Ruth Dreifuss rang dem Gesamtbundesrat das Zugeständnis ab, eine 11. AHV-Revision ohne weitergehenden Sozialabbau vorlegen zu dürfen. Das heisst: Das Rentenalter der Frauen wird zwar angehoben. Doch eine Erhöhung über das 65. Altersjahr hinaus, wie es von den FDP-Bundesräten gefordert wird, ist zurzeit nicht opportun. Stattdessen will der Bundesrat den vorzeitigen Rentenbezug ermöglichen und die Rentenkürzung für sozial Schwächere abfedern. Die Verabschiedung der Vorlage wurde auf nächstes Jahr verschoben.

• *KVG / Kopfprämien blieben:* Der Bundesrat lehnt die SP-Initiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» ab. Die Initiative fordert eine grundlegende Neuorientierung der Finanzierung der Krankenversicherung, namentlich durch die Einführung von einkommens- und vermögensabhängigen Versichertenbeiträgen. Der Bundesrat will am System der Kopfprämien festhalten und lehnte die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags ab. *cab/pd*

Sozialrechte und Chancengleichheit in der Schweiz

Das Caritas Forum 2000 stellt die Frage nach der Chancengleichheit im sozialen Bereich. Damit bringt Caritas eine ungewohnte Blickrichtung in die Debatte über die Zukunft von Gesellschaft und Sozialpolitik ein. Was ist auf (sozial-)politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene zu unternehmen, um Chancenminderung und Diskriminierung im sozialen Bereich zu beheben? Schwerpunkte sind: ethische Grundlagenreflexion; Existenzsicherung und Teilhabe an Gesellschaft und Kultur in der Arbeitsgesellschaft der Zukunft; sozialpolitische Perspektiven einer Gesellschaft, die zunehmend älter wird; Lage der Sozial- bzw. Menschenrechte in der Schweiz.

Datum/Ort: *Freitag, 28. Januar 2000, Grossratssaal Luzern, 9–16.30 Uhr.*

Informationen: *Caritas Schweiz, Bereich Kommunikation, Löwenstrasse 3, 6002 Luzern, Tel. 041/419 22 22, Fax 041/419 24 24, e-mail: info@caritas.ch*